

samtAbstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/51**. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Damit ist in der differenzierten Art und Weise in der GesamtAbstimmung der Entschließungsantrag **angenommen** worden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit kann ich den Tagesordnungspunkt 2 schließen.

(Unruhe)

– Ich weiß, Sie freuen sich darüber, dass wir ein so differenziertes Abstimmungsverhalten haben. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die den Saal verlassen müssen, mögen das bitte etwas ruhiger tun, damit die übrigen der Tagesordnung folgen können.

Ich rufe auf:

### **3 Nordrhein-Westfalen muss Aufsteigerland bleiben – Reformfolge der letzten fünf Jahre bewahren**

Eilantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/39

Entschließungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/53

Dieser Eilantrag wurde fristgerecht eingebracht.

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Laschet das Wort.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)**

**Armin Laschet** (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! SPD und Grüne wollen mit ihrem Koalitionsvertrag neue Wege gehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber Anspruch und Wirklichkeit fallen auseinander. Normalerweise gibt man einer Regierung 100 Tage lang Zeit, um zu beweisen, was sie denn wirklich kann. Aber wir haben eine besondere Situation. Sie haben am gestrigen Tag gleich mit mehreren Anträgen zeigen wollen, was Sie können. Bei einem Ihrer Kernwahlversprechen aus dem Wahlkampf, nämlich die Abschaffung der Studiengebühren, haben Sie erst gesagt: Bitte ganz schnell entscheiden. Dann haben Sie gemerkt, dass man das auch finanzieren muss, und dann haben Sie sich mit Geschäftsordnungstricks und mit Hilfe der Linken in die Ausschüsse gerettet. Das sind nicht neue Wege, das sind alte Wege.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Presse hat das auch gleich wahrgenommen: Linke bereitet Kraft erste Schlappe. – Erste Pleite für Hannelore Kraft. – Rot-Grün ausgebremst auf den ersten Metern. – Selbst „Spiegel online“ sagte: „Oje statt Oha“.

So schlecht hat noch keine Regierung in Nordrhein-Westfalen begonnen wie Sie am gestrigen Tag.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie machen das nach dem Motto: Wir tricksen uns hier durch. Wir verschieben in die Ausschüsse. Wir spekulieren darauf, dass Die Linke sich enthält. – Das ist schon bei der Wahl der Ministerpräsidentin so gewesen, und das wollen Sie anscheinend auch bei der Sacharbeit so fortsetzen. Nur, eines können wir Ihnen berichten: Alles kommt wieder. Das, was Sie jetzt in die Ausschüsse verweisen, wird nach den Ferien wieder hier auf dem Tisch liegen. Vielleicht beginnen Sie nach den Ferien einmal, eine Position zu formulieren, statt darauf zu spekulieren, dass Sie das Ganze vertagen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben einen Kernunterschied im Vergleich zur Vorgänger-Landesregierung zur Maxime gemacht. Wir sind hier mit vielen neuen Ideen gestartet. Darüber kann man dann politisch streiten – die Regierung sagt Ja und die Opposition sagt Nein. Wir hatten die Idee: beste Studienbedingungen an den Hochschulen, ein Hochschulfreiheitsgesetz. Wir hatten die Idee: Ausbau der frühkindlichen Bildung. Wir hatten die Idee, Familienzentren zu schaffen. Wir hatten die Idee, der Integrationspolitik einen Schub zu geben. Wir hatten die Idee: Abbau des Unterrichtsausfalls an unseren Schulen.

(Zuruf von der SPD: Und Sie sind abgewählt worden!)

– Herr Kollege, wir sprechen gerade über das Prinzip. Über die politischen Inhalte kann man ja streiten, aber das Prinzip hatte klare Ideen.

(Thomas Stotko [SPD]: Die Bürger haben entschieden! – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Frau Kollegin Asch: neue Ideen mit weniger Schulden. Das war unsere Grundidee.

(Beifall von CDU und FDP)

Das, was Sie jetzt machen, ist: alte Ideen mit neuen Schulden.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie machen nahtlos da weiter, wo Sie 2005 aufgehört haben, als Sie abgewählt wurden. Man könnte ja erwarten: Wenn man eine neue Regierung bildet, startet man mit neuen Ideen. Sie wickeln lediglich das ab, was in den letzten fünf Jahren passiert ist – das kann man machen –, aber kein Mensch nimmt das als neue Idee wahr, und die Leute ärgern sich

erst recht, wenn diese alten Ideen auch noch mit einer nie gekannten Nettoneuverschuldung verbunden werden. Das ist rot-grüne Politik.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich zeige Ihnen das anhand von Zahlen. Als Sie im Jahr 2007 abgelöst wurden, bestand ein Schuldenrekord in Höhe von 6,7 Milliarden €. Trotz aller unserer neuen Ideen, die wir auch umgesetzt haben,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Jetzt sind es 20 Milliarden € mehr!)

liegen wir am Ende dieser Regierungszeit bei 6,6 Milliarden € Neuverschuldung – und das trotz der größten Finanzkrise, die wir je gehabt haben.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Rainer Schmelzer [SPD])

Nun sagen Sie: Das, was wir gemacht haben, war alles unterfinanziert. – Aber der Trend ist im Moment ein anderer. Der Bundesfinanzminister stellt in diesen Tagen fest, dass er mit 20 Milliarden € weniger Neuverschuldung auskommt, als eigentlich gedacht war. Üblicherweise ist es, wenn beim Bund die Steuereinnahmen so sind, in den Ländern ähnlich. Wenn im Bund die Nettoneuverschuldung sinkt,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer hat denn diesen Haushalt gemacht? Sie haben doch den Haushalt 2010 gemacht!)

dann geht sie in Nordrhein-Westfalen und in allen anderen Ländern auch zurück. Sie machen nun etwas, was sich früher eigentlich nur Griechenland erlaubt hat: Während der Bund konsolidiert, weniger neue Schulden macht, machen Sie mehr als 3 Milliarden € neue Schulden. Sie machen 50 % mehr Neuverschuldung als der letzte Haushalt, gegen jeden Trend, gegen jede Vernunft, gegen einen europäischen Konsens. Sie sind weniger schlau, als Griechenland es heute ist.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Laschet. – Für die FDP hat Herr Professor Dr. Pinkwart das Wort.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Der Chaosforscher!)

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in Auftrag gegebene Bericht der Zukunftskommission unter dem Vorsitz von Lord Dahrendorf und dem Vizevorsitz von Bodo Hombach zeigte folgende Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen auf: über eine lange Zeit, über eine zu lange Zeit ein deutlich zu geringes Wachstum und damit eine zu geringe Wohlstandsentwicklung in Nordrhein-Westfalen, eine Abwanderung von Hochqualifizierten und eine wachsende Zahl von gering qualifizierten Zuwanderern.

Hinzu tritt der demografische Wandel mit herausragenden Anforderungen. Heute ist jeder Fünfte über 65 Jahre alt, bald wird es jeder Vierte sein. Hinzu kommen die in den 80er- und 90er-Jahren sowie zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts aufgetürmten hohen Schulden und Pensionslasten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen – das sage ich auch an die neue Landesregierung – hart daran arbeiten, dass Nordrhein-Westfalen diese Herausforderungen nachhaltig bestehen kann. Vor diesem Hintergrund – das sage ich hier auch, weil ich in den vergangenen Jahren Verantwortung hatte, voller Selbstbewusstsein, auch bei nüchterner Einschätzung dessen, was noch nicht erreicht werden konnte und an Herausforderungen vor uns liegt – haben die vergangenen fünf Jahre eine wichtige Wende in Nordrhein-Westfalen eingeleitet, durch gezieltes Investieren, Konsolidieren und Reformieren zur Stärkung der Innovationskraft in Nordrhein-Westfalen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die die Zukunftskommission beschrieben hat, hat Schwarz-Gelb Nordrhein-Westfalen gut getan.

(Beifall von FDP und CDU)

Es wäre jetzt die Aufgabe der neuen Landesregierung, diesen Kurs der Erneuerung fortzusetzen: zum einen mit einer gezielten Politik des Förderns und Forderns und zum anderen mit einer besonderen Anerkennungskultur für individuelle Leistungen, Anerkennung sowohl gegenüber den Ein- und Aufsteigern, die sich aus schwierigster Ausgangslage aufmachen, um in unserer Gesellschaft mithalten zu können, wie auch gegenüber den besonders Begabten und den Leistungsträgern in unserer Gesellschaft. Gerade Nordrhein-Westfalen braucht beides: bessere Ergebnisse und Anerkennung sowohl in der Breite wie in der Spitze. Das hat Nordrhein-Westfalen in den vergangenen fünf Jahren stärker gemacht.

Die neue Minderheitsregierung blendet in ihrem Koalitionsvertrag die besonders Begabten und die Hochqualifizierten, die Leistungsträger in unserem Land jedoch weitgehend aus.

(Beifall von Ilka von Boeselager [CDU])

Eine solche Vernachlässigung von Teilen der Gesellschaft können wir uns gerade in Nordrhein-Westfalen nicht leisten.

(Beifall von FDP und CDU)

Zum anderen brauchen wir eine Kultur der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit gerade auch im Hinblick auf den Haushalt. Das hat Rot-Grün schon bitter selbst erfahren müssen. Sie sind schon einmal an dem gescheitert, was Sie jetzt neu einleiten. Herr Laschet hat dies sehr schön auf eine Formel gebracht. Sie sind daran gescheitert, weil Sie eine Serie verfassungswidriger Haushalte haben vorlegen müssen, da Sie zuvor zu viel konsumiert und zu wenig für Zukunftsinvestitionen übrig gehabt

haben. Woran haben Sie dann sparen müssen? – Sie haben an Bildung und an den Kommunen in Nordrhein-Westfalen gespart. Das war das Ergebnis Ihrer verfehlten Politik.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von der SPD: Das müssen Sie sagen!)

Vor diesem Hintergrund halte ich es für verantwortungslos – das sage ich in aller Nüchternheit –, dass Sie die Neuverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr von 6,6 Milliarden € auf über 9 Milliarden € anheben wollen.

(Zuruf von der SPD: Das ist Ihre Bilanz!)

Das passt in keiner Weise in die finanzpolitische Landschaft. Sie müssten aufgrund der besseren Konjunktur und der steigenden Einnahmeentwicklung den Haushalt mit weniger als 6,6 Milliarden € Neuverschuldung in 2010 abschließen können, genauso wie wir das in 2009 gemacht haben, als wir auch die Neuverschuldung unter den Planansatz zurückgeführt haben. Auch dieses ist in 2010 möglich, aber Sie müssen endlich das machen, was Sie in Ihrer früheren Regierungszeit vernachlässigt haben, nämlich konsolidieren und investieren und nicht nur konsumieren.

(Beifall von FDP und CDU)

Das, was Sie bezüglich Haushaltslöcher ansprechen, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Die vorherige Landesregierung hat eine erhebliche Vorsorgeverstärkung vorgenommen, sowohl für die Pensionslasten als auch für die Finanzmarktrisiken von über 3,1 Milliarden € und für zusätzliches Personal an den Hochschulen in einer Größenordnung von über 1,2 Milliarden €. So gut waren unsere Bereiche im öffentlichen Landeshaushalt noch nie finanziert wie unter Schwarz-Gelb. Das ist das Erbe, das Sie antreten können.

(Beifall von FDP und CDU)

Lassen Sie mich, Frau Präsidentin, noch einen letzten Satz sagen, der mir sehr wichtig ist, weil er die politische Kultur betrifft, die ja in den letzten zwei Tagen sehr stark bemüht worden ist. Leider ist Frau Ministerpräsidentin Kraft nicht anwesend. Ich richte es an Sie, Frau Löhrmann, weil Sie es in einem Interview gesagt haben. Jürgen Rüttgers hat sich mal im Landtag als Ministerpräsident gegen eine solche Aussage, die hier im Landtag gemacht worden ist, verwahrt. Ich hätte mir gewünscht, wenn Frau Kraft das heute auch richtiggestellt hätte. – Sie haben in der „TAZ“ vom 15.07. ein Interview gegeben, Frau Löhrmann. An dem Tag waren Sie schon vereidigte Vizeministerpräsidentin und haben auf die Frage der „TAZ“ – ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin –

Die Grünen sind dazu bereit – trotz extremistischer Ansätze in der FDP,

(Beifall von Rüdiger Sagel [LINKE])

wie ihr designerter parlamentarischer Staatssekretär sagte?

geantwortet – ich zitiere –:

Innerhalb des demokratischen Spektrums ist die Linke das staatsfixierte Extrem, die FDP das entgegengesetzte.

(Lebhafter Widerspruch von FDP und CDU)

Ich möchte hier festhalten: In der 62-jährigen Geschichte Nordrhein-Westfalens hat die FDP 27 Jahre Regierungsverantwortung getragen zum Wohle dieses Landes. Ich erwarte eine Entschuldigung der Landesregierung. – Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Professor Pinkwart, ich hoffe, Sie haben zur Kenntnis genommen, dass wir hier im Präsidium doch sehr flexibel mit Ihrer Redezeit waren. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Römer das Wort.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Norbert Römer (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sowohl der Eilantrag als auch die beiden Reden haben ganz offensichtlich deutlich gemacht, dass Sie die Manuskripte aus der Wahlkampfzeit immer noch nicht in den Papierkorb geworfen haben.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Lassen Sie es sein! Das bringt überhaupt nichts.

Meine Damen und Herren, alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht im dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist. Das stammt von Ferdinand Lassalle. Er hat uns diesen Lehrsatz für politisches Handeln hinterlassen.

Ihr Eilantrag und das, was Sie gerade hier vorgeführt haben, Ihr Versuch, in ein paar Spiegelstrichen und in einer Fünf-Minuten-Häppchen-Redezeit über Ihre vermeintlichen Erfolge in den vergangenen fünf Jahren zu sprechen und dabei auch noch die Pläne der Koalition für die kommenden fünf Jahre abzuhandeln, wird weder der Sache gerecht noch entspricht es dem Diskussionsbedarf hier in diesem Hohen Hause.

Meine Damen und Herren, wir sollten vermeiden, in die Rituale des Wahlkampfs zurückzufallen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Nachhutgefechte zum Wahlkampf zu führen, wäre das Letzte, was die Menschen von uns erwarten. Das ist das eine. Das andere ist, dass wir nicht heute für kleine Münze die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin vorwegnehmen sollten.

Die Debatte über den richtigen Weg für unser Land werden wir hier führen, und zwar zu dem Zeitpunkt, wo das angemessen ist, dann, wenn die Regierungserklärung vorgelegt worden ist.

Ein Anhaltspunkt für unsere kommenden Debatten ist allerdings das Votum der Wählerinnen und Wähler vom 9. Mai dieses Jahres. Dieser Aspekt kommt in Ihrem Antrag völlig zu kurz. So, wie Sie die Erfolge Ihrer Koalition schildern, hätte das doch am Wahltag eine breite Zustimmung zu Ihrer Politik geben müssen. Ich erinnere noch einmal daran: Das genaue Gegenteil war der Fall. Die Menschen haben für den Politikwechsel in diesem Land gestimmt.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Schwarz-Gelb hat 80 Stimmen, Rot-Grün 90. Und Schwarz-Gelb hat nur mit den elf Stimmen der Fraktion Die Linke eine Chance, unsere Politik zu blockieren. Ich bin einmal gespannt, ob diese Zusammenarbeit klappen wird.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ha, ha! Das ist ein starkes Stück!)

Nein, meine Damen und Herren, Sie müssen zur Kenntnis nehmen: Die Menschen waren mit Ihrer Politik unzufrieden.

(Widerspruch von der CDU)

Deshalb sollten Sie die erforderliche Analyse, wenn Sie denn schon glauben, Ihre Wahlniederlage sei nur an Griechenland und am Euro oder an den Startschwierigkeiten in Berlin festgemacht worden, nicht verkürzen. Die Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung hat doch gezeigt, Herr Laschet, dass da vieles hausgemacht war. Sie sollten diese Gründe bei Ihren Überlegungen nicht ausblenden. Sie sollten endlich aussprechen, was ist. Das gehört mit zur Glaubwürdigkeit und auch dazu, dass Sie sich endlich wieder neu sortieren können. Dafür wünschen wir Ihnen alles Gute auf dem Weg in eine Neuaufstellung, personell und inhaltlich.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir richten den Blick nach vorn. Wir laden Sie ausdrücklich ein, ...

(Zurufe von CDU und FDP: Ooh! Aah! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

– Ich kann doch verstehen, Herr Kaiser, Herr Laschet, dass der Wundschmerz nachwirkt. Das ist doch in Ordnung. Dafür habe ich viel Verständnis.

(Beifall von der SPD)

Aber eines sollten Sie tun. Wir haben das auch gemacht. Sie sollten sich selbst und auch der Öffentlichkeit endlich eingestehen, dass die Menschen mit Ihrer Politik – nicht mit dem, was Sie gut gemeint haben mögen, sondern mit dem, was Sie gemacht haben – nicht zufrieden waren. Dieses Eingeständnis hilft. Wir haben das auch gemacht.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wir haben das nach dem 22. Mai 2005 offen gesagt. Wir haben damals gesagt, dass wir nicht alles richtig gemacht haben. Wir sagen Ihnen jetzt auch, voller Selbstbewusstsein: Wenn wir neue gemeinsame Wege gehen – dazu laden wir Sie ein –, dann werden wir möglicherweise auch nicht alles richtig machen. Aber lassen Sie uns in den Wettstreit der besten Ideen eintreten. Auch dazu laden wir Sie ein.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN – Unruhe)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Römer, gestatten Sie ...

**Norbert Römer (SPD):** Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Herr Pinkwart, ...

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Ich glaube, vor lauter Zwischenrufen hat Herr Römer mich nicht verstanden. Herr Römer, gestatten Sie eine ...

**Norbert Römer (SPD):** Ich möchte meinen letzten Satz zu Ende sprechen, und dann sollten wir das auch hier gemeinsam zu Ende führen, weil Sie eine solche Debatte ja nur mit Fünf-Minuten-Beiträgen führen wollen.

Herr Pinkwart, Sie haben gerade gesagt und an unsere Adresse den Appell gerichtet, wir sollten das weiterführen, was Sie begonnen haben. Dazu sage ich Ihnen mit allem Selbstbewusstsein: Nein, das werden und das dürfen wir nicht tun,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

weil Sie eine falsche Weichenstellung vorgenommen haben. Sie haben das Land, Sie haben die Menschen in diesem Land mit Ihrer Politik in eine Situation gebracht, in der viele verunsichert sind, in der viele nicht wissen, wie ihre Perspektiven aussehen.

Wir laden Sie ein:

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Lassen Sie uns gemeinsam neue Wege gehen! Das ist gut für das Land und gut für die Menschen. Deshalb werden wir diese neue Politik auch konsequent machen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Römer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Priggen.

(Zuruf von der CDU: Ich hätte gern eine Einladung!)

**Reiner Priggen** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich kann das schon verstehen. Ich will das so subsumieren: Das, was die Kollegen von CDU und FDP im Moment umtreibt, ist der ja nachvollziehbare Abschiedsschmerz.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

– Doch. Ich kann das auch verstehen. Ich habe immer gesagt: Normalerweise, wenn eine Regierung gewählt wird und andere abgelöst werden, geschieht das für mindestens zwei Legislaturperioden. Das ist so die Erfahrung. Jetzt sind Sie nach fünf Jahren wieder abgelöst worden. Das ist eine ganz harte Situation. Ich kann Ihre Enttäuschung darüber verstehen.

Ich war auch, ehrlich gesagt – ich sage das vor allen Dingen zu den neuen Kolleginnen und Kollegen –, im Vorfeld in der parlamentarischen Runde schon gespannt, was jetzt antragsmäßig von den abgewählten Regierungsparteien kommt. Man guckt sich das ja ganz interessiert an: Was kommt von den Neuen, was kommt von den anderen?

Dann finde ich diesen Eilantrag. Das ist ja ein gemeinsamer Antrag der beiden Fraktionen, also von CDU und FDP. Und der ist – das als Erklärung für die neuen Abgeordneten – in diesem alten Weihrauchstil verfasst, so wie das fünf Jahre lang hatten. Da wurde immer wieder deklamiert und beweihräuchert, was man alles an eigenen hervorragenden Leistungen vollbracht hat.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Das wird jetzt in dem Antrag über eine lange Strecke wieder gemacht.

Es ist ja nicht alles falsch gewesen, was Sie gemacht haben. Aber der Duktus in diesem Antrag hat doch mit der Realität, in der Sie jetzt gelandet sind, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Herr Prof. Pinkwart, Sie reden sich die Welt schön, wenn Sie hier über Aufsteiger und besonders Begabte räsonieren

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Parallelwelt!)

und das im Koalitionsvertrag vermissen. Das einmal im Kontext Ihrer Punkte! Das hat doch nichts mit dem zu tun, was Sie mit dem Wahlergebnis im Mai als Quittung bekommen haben.

Sie müssen doch ganz einfach zur Kenntnis nehmen: Das, was in diesem Antrag alles steht, was angeblich so besonders erfolgreich gewesen sein soll, ist doch in relevanten Teilen am Bedürfnis und am politischen Empfinden der Menschen in diesem Land vorbeigegangen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Anders lässt sich das Ergebnis doch überhaupt nicht erklären. Wenn man von 181 Sitzen noch 80 hat,

dann hat man doch ganz deutlich die satte Mehrheit, die man vorher hatte, verloren. Das tut weh. Das ist hart. Da muss man erst ankommen.

Ich sage Ihnen: Wir sind vor fünf Jahren aus der Regierung geflogen, nachdem wir zehn Jahre zusammen regiert hatten. Da haben wir auch nicht rasoniert und gesagt: Das war ein Unfall. Die Menschen haben es nur nicht verstanden. Guido und Angela waren schuld oder die Griechen oder sonst wer. – Wir haben uns hingesetzt und gearbeitet.

Ich kann mich an die Debatten der ersten Jahre noch erinnern: wie Sie sich über Frau Kraft lustig gemacht haben. Da war ein bisschen Hochmut dabei. Das hat jetzt aufgehört. Jetzt müssen Sie in der Opposition ankommen und anfangen zu arbeiten. Das ist ganz einfach das Ergebnis.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Dann werden wir zu inhaltlichen Punkten kontroverse Debatten haben. Wir werden alle in einem Parlament ankommen, das fünf Fraktionen hat. Gestern und heute haben wir die ersten Begegnungen. Das ist noch ein bisschen holprig; das ist richtig. Wir müssen alle lernen, damit umzugehen. Aber das müssen Sie als CDU-Fraktion jetzt in allererster Linie anfangen. Das alte Deklamieren wird an der Stelle inhaltlich jedenfalls nicht mehr weiter tragen.

Ich will nur einen Punkt aus diesem Antrag herausgreifen. Im Antrag steht: Fünf erfolgreiche Jahre. – Sie glauben bei den Zahlen doch nicht allen Ernstes, dass Sie in der Bildungspolitik die Bilanz ziehen könnten, Sie hätten fünf erfolgreiche Jahre hinter sich?

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sicher!)

Nein. Nein. Ganz eindeutig nicht. Ich will Ihnen auch sagen, warum.

(Weitere Zurufe von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Nach Ihrer ganzen Zahlentäuscherei findet Frau Löhrmann jetzt in ihrem Haus vor, was Sie tatsächlich an Lehrerstellen besetzt haben. Das einmal vorweg! Sie müssen doch erkennen, dass Sie in der Grundausslegung – ich will nicht sagen: in der ideologischen – am Bedürfnis der Bildungspolitiker aus Ihren eigenen Kommunen vorbeigearbeitet haben. Frau Löhrmann kann doch die ersten zwei Monate damit zubringen, einen christdemokratischen Bürgermeister nach dem anderen zu besuchen – ob in Ascheberg, Schöppingen oder Horstmar – und den Kollegen zu sagen: Ich könnt jetzt tatsächlich die Schule machen, die ihr wollt und die bisher aus ideologischen Gründen von der alten Regierung blockiert worden ist.

(Lebhafter Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Das kann Frau Löhrmann jetzt machen.

Sie können an der Stelle keine positive Bilanz ziehen. Ich will Ihnen das an einem weiteren Beispiel aufzeigen. Es ist der demografische Wandel, der Ihre eigenen CDU-dominierten ländlichen Kommunen dazu treibt, Freiraum zu fordern. Sie versuchen, im Antrag zu schildern, wir wollten Gymnasien und Hauptschulen zerstören. Das ist doch Unfug. Armin Laschet hat geredet. Er weiß, dass wir zusammen, Schwarz-Grün, in Aachen von fünf Hauptschulen zwei schließen müssen, weil wir nicht mehr genügend Anmeldungen haben. Das geschieht nicht aus Hauptschulfeindlichkeit. Wir wissen, dass andere Hauptschulen da eine hervorragende Arbeit machen. Das ist einfach eine Abstimmung, die die Eltern machen, indem sie die Kinder da nicht mehr anmelden. Das ist der entscheidende Punkt. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN – Ralf Witzel [FDP]: Das ist eine übliche quantitative Anpassung und nicht die Bekämpfung bestimmter Schulformen!)

Sie kommen da nicht raus. Das ist doch auch in Ordnung.

Heute ist der letzte Tag vor der Sommerpause. Ich will es dann auch etwas versöhnlich machen. Sie müssen jetzt ein Stück weit in sich gehen. Nach der Sommerpause werden wir uns wieder treffen. Dann überlegen Sie sich, was Sie tatsächlich an Schulpolitik und in anderen Bereichen machen wollen. Ich könnte Ihnen das zur Energiepolitik genauso herunterdeklinieren: dass Sie neben den Herausforderungen argumentiert haben, die das Land hat.

(Armin Laschet [CDU]: Es ging um Schule!)

Das machen wir – da hat der Kollege Römer recht –, wenn die Regierungserklärung kommt. Dann nehmen wir uns die Zeit dafür. Dann nehmen wir uns eine Stunde Zeit und gehen die Bereiche durch. Aber so einfach, wie Sie sich das mit diesem Antrag machen wollen, kommen Sie aus der Debatte nicht raus. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Kollege Priggen. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Beuermann.

**Bärbel Beuermann (LINKE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Linksfraktion begrüßt, dass durch den Eilantrag der Fraktionen von CDU und FDP eine Debatte über den Koalitionsvertrag stattfindet. Das ist aber auch schon alles, was man Positives zu diesem Antrag sagen kann. Denn die Vielzahl der Problemlagen hier in Nordrhein-Westfalen ist gerade durch CDU und FDP zustande gekommen.

(Manfred Palmén [CDU]: Unsinn!)

Es bestätigt sich, dass die SPD sich die Sondierungsgespräche mit FDP und CDU von vornherein hätte sparen können.

(Armin Laschet [CDU]: Mit Ihnen auch!)

Die Fraktionen der ehemaligen Regierungskoalition von CDU und FDP legen mit diesem Antrag offen, wie weit verquerer Standesdünkel und ideologische Klientelpolitik gehen.

(Beifall von der LINKEN)

Trotz der deutlichen Abwahl und jenseits jeglicher Wahrnehmung der Realität, dass weder Schwarz noch Gelb in diesem Haus und in der Regierung weiter erwünscht sind, stellen beide Fraktionen diesen Antrag. Darin werden die lediglich postulierten und leider kaum konkreten Absichtsbekundungen von SPD und Grünen gleich als Untergangsszenario stilisiert. Fakt ist, dass sich die neoliberalen Reformen der letzten fünf Jahre und die „Privat vor Staat“-Politik von CDU und FDP für einen Großteil der Menschen in diesem Land massiv negativ ausgewirkt haben.

(Beifall von der LINKEN)

Vielen wurde der bereits straffe Gürtel noch enger geschnallt. Der Prozess der systematischen Besserstellung ohnehin Privilegierter ist in einem solchen Ausmaß etabliert worden, dass die Gesellschaft noch weiter in Arm und Reich, in Oben und Unten auseinandergefallen ist.

(Beifall von der LINKEN)

Viele Projekte und Initiativen wurden eingestampft oder zurückgefahren, weil sie nicht in das politische Leitmuster der schwarz-gelben Koalition passten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie realitätsfern und rückwärtsfokussiert die Fraktionen von CDU und FDP sind, haben gestern eindrucksvoll die Einlassungen zu den verschiedenen Anträgen gezeigt. Das offenkundige Klientel- und Lobbydenken der ehemaligen Regierungsparteien wird von CDU und FDP ideologisch weiter zementiert.

(Beifall von der LINKEN – Manfred Palmén [CDU]: So ein Blödsinn!)

Wer ideologiefreie Politik einfordert, sich aber gleichzeitig in die fundamentale Defensive begibt, negiert jede Möglichkeit des kritischen Dialoges kategorisch.

Die neoliberale, chauvinistische Politik von CDU und FDP

(Zurufe von CDU und FDP: Hey!)

ist eine Politik, die nicht zur Chancengerechtigkeit im Bildungswesen und nicht zur Verbesserung der Lebenslagen aller in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen geführt hat.

(Beifall von der LINKEN)

Wir Linke erteilen einer solchen Politik eine kategorische und klare Absage. Wir legen in unserem Entschließungsantrag klare Forderungen für die Menschen in diesem Land vor.

Der Versuch, die schwarz-gelbe Wahlperiode energie- und wirtschaftspolitisch zu verklären, muss scheitern. Vielmehr hat es unter dieser Regierung ein energiepolitisches Rollback gegeben, welches seinesgleichen sucht. Nicht nur die Streichung des Klimaschutzparagrafen, den CDU und FDP auf Zuruf des Energieriesen E.ON eliminiert haben, ist eine klimapolitische Todsünde, sondern auch der damit verbundene Versuch, weitere Kohlekraftwerke in NRW zu errichten, während diese Technologie weltweit zunehmend mit Recht den erneuerbaren Energien weichen muss.

(Beifall von der LINKEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Klimakiller!)

Leider ist auch der Koalitionsvertrag von SPD und Grünen insgesamt kein wirkliches Zeichen für einen tatsächlichen Politikwechsel. Er ist in vielen Bereichen vielmehr lediglich ein Trippelschritt in die richtige Richtung.

Genannt wird darin unter anderem, dass Rot-Grün bis zum Jahr 2020 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um lediglich 25 % reduzieren will. Das ist unseres Erachtens nicht mutig genug und viel zu wenig, um die nationalen Klimaschutzziele einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 % bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Meine Damen und Herren, wir Linke – übrigens seit 1953 die erste Partei in diesem Hause links neben der SPD – werden es nicht an Druck fehlen lassen. Wir werden durch konsequente Anträge – wie den Antrag, der Ihnen hier vorliegt – unsere Auffassung von konstruktiver linker, ökologischer und pazifistischer Oppositionsarbeit unter Beweis stellen.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist unser Beitrag zur Demokratie und zur Belebung der Demokratie: radikale, konsequente Politik, an der man sich stören, auf die man aber auch verlässlich zählen kann. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Frau Beuermann. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Herr Prof. Pinkwart, gestatten Sie mir, auf das eben von Ihnen angesprochene Interview der Kollegin Löhrmann in der „taz“ einzugehen. Sie haben es selbst zitiert. Frau Löhrmann hat in keiner Weise eine hier im Haus vertretene Partei als extremistisch bezeichnet. Das Wort „extremistisch“ war Bestandteil

der Fragestellung des Journalisten. Sie wissen aus Ihrer früheren Tätigkeit, dass auf eine solche Fragestellung kein Einfluss genommen werden kann.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sie hätte es zurückweisen können!)

Außerdem ist festzustellen, dass Frau Löhrmann auf die Rolle des Staates eingegangen ist, die die Fraktionen hier im Landtag unterschiedlich definieren – die Linke eher „Staat vor Privat“ und Sie eher „Privat vor Staat“.

Als Letztes möchte ich festhalten, dass diese Landesregierung für die Politik des „Partners Staat“ stehen wird, dafür werben und ihre Politik auch so umsetzen wird. – Ich hoffe, das war Erläuterung genug.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die schwarz-gelbe Landesregierung ist wegen ihrer Politik der letzten fünf Jahre am 9. Mai dieses Jahres von den Menschen in Nordrhein-Westfalen abgewählt worden. Die Regierung Rüttgers hat die Quittung dafür bekommen, dass sie eine, wie ich finde, rückwärtsgewandte und ideologische Politik betrieben hat, die die Menschen nicht mehr mitgenommen hat, sondern sich gegen die Menschen selbst gerichtet hat.

Herr Laschet, eine Ursache für dieses Wahlergebnis des 9. Mai, das man wirklich als krachend bezeichnen kann, war nach meiner Einschätzung neben Ihrem Regierungshandeln auch Ihr Regierungsstil, der eher als aufgesetzt bezeichnet werden kann denn als menschennah.

(Beifall von der SPD)

Ich glaube, dass die Regierungsarbeit von Schwarz-Gelb äußerst holprig war und dass sie vor allem – das ist auch das Entscheidende für den Wahlausgang am 9. Mai gewesen – faktisch ohne Vision für dieses Land gewesen ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schwarz-Gelb hat auf den wichtigsten Politikfeldern für das Land Nordrhein-Westfalen falsch gehandelt, weil Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sensorik für die Bedürfnisse und die Wünsche der Menschen in diesem Land verloren haben.

Ich glaube, dass es gerade in den von mir genannten Politikfeldern fünf wichtige Stationen gibt, mit denen Sie das Wahlergebnis, das die Menschen in diesem Land am 9. Mai hergestellt haben, wissentlich, zumindest selbst herbeigeführt haben.

Herr Laschet, es kann nicht sein, dass Sie sich sozial reden und tatsächlich die Studiengebühren einführen.

(Beifall von der SPD)

Es kann nicht sein, Herr Laschet, dass Sie den Elterntwillen ignorieren, das Abstimmen mit den Füßen

im Schulsystem ignorieren und an diesem System stoisch festhalten.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Dr. Droste?

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Ja, gerne.

**Dr. Wilhelm Droste**<sup>\*)</sup> (CDU): Ich mache es auch recht kurz, Herr Minister. Sind Sie ernsthaft der Auffassung, dass das Wahlergebnis, das die Sozialdemokratie bei der letzten Landtagswahl hier in Nordrhein-Westfalen errungen hat, das wiedergibt, was Sie gerade hier erzählen?

(Stephan Gatter [SPD]: Wer ist denn abgewählt worden? – Gegenruf von Christian Weisbrich [CDU])

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Herr Droste, ich war gerade bei dem Punkt, aus meiner Sicht zu erläutern, warum eine ehemals regierungstragende Fraktion inzwischen so viele Lücken in ihren Reihen hat, was die Ursache dafür sein könnte und welche Schlüsse man daraus ziehen sollte, Herr Droste.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Gedulden Sie sich zwei Minuten, dazu komme ich gleich.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das ist ja lächerlich!)

Ich möchte, Herr Laschet, gerne noch auf die Haushaltssituation eingehen.

(Zuruf von der CDU: Dritte-Liga-Regierung!)

Fakt ist, dass Herr Linssen, der diesem Hause nicht mehr angehört, sich gerne als „eiserner Helmut“ bezeichnet hat. Ich glaube, wir brauchen gar nicht mehr lange darüber zu diskutieren, wie der Nachtragshaushalt 2010 zu werten ist. Das werden keine neuen Schulden dieser Landesregierung sein.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Lachen von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden auf der Grundlage des vom Finanzminister vorgelegten Nachtragshaushaltes des Jahres 2010 sehr genau diskutieren, was Sie, meine Damen und Herren, verharmlost und diesem Parlament vorenthalten haben und wo Sie im Haushalt 2010 Lücken haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Das ist abenteuerlich!)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage, dieses Mal des Abgeordneten Schemmer?

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Gerne.

**Bernhard Schemmer** (CDU): Herr Minister, Sie hatten eben ausgeführt, dass die CDU bei der letzten Landtagswahl verloren hat. Wenn man sich die Ergebnisse ansieht, muss man sagen, ist das sicherlich so. Aber wie viel hat denn nach den Äußerungen, die Sie ansonsten getan haben, die SPD gegenüber den Wahlergebnissen 2005 und 2000 gewonnen? Die Zahlen hätte ich von Ihnen gerne einmal aufgeführt bekommen.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Herr Schemmer, erstens bin ich nicht der SPD-Generalsekretär.

(Armin Laschet [CDU]: Sie reden aber so!)

Wenn Sie es erlauben, kann er gerne kommen und Ihnen das erklären. Ich vertrete die Landesregierung und kann Ihnen sagen, dass die SPD auch kein stolzes Ergebnis errungen hat.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Aber Sie, Herr Schemmer und Ihre Kolleginnen und Kollegen von der CDU, müssen zur Kenntnis nehmen, dass das Wahlergebnis am 9. Mai eine Abstrafung der CDU durch die Wählerinnen und Wähler gewesen ist,

(Lebhafter Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Über 10 % haben Sie verloren, Herr Schemmer!)

dass diese Lücken in Ihren Reihen Ursachen haben und Sie sich mit diesen Ursachen nicht auseinandersetzen.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Ich darf die angesprochenen fünf Punkte für diese neue Landesregierung noch einmal aufgreifen. Wir wollen nicht die Fehler machen, die Sie gemacht haben. Im Gegenteil: Wir wollen sehr vieles besser machen. Dazu gehört als Allererstes: Wir werden anders als Sie die Hürden in diesem Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen abschaffen. Herr Laschet, ruhen Sie sich nicht aus auf der Abstimmung, die gestern stattgefunden hat. Wir werden die Studiengebühren in den Ausschüssen beraten. Danach, Herr Laschet, wird es – da bin ich mir sehr sicher – eine breite Zustimmung in diesem Parlament geben, die Studiengebühren, die hoch unsozial sind, tatsächlich abzuschaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)



**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage des Abgeordneten Biesenbach?

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Gerne.

**Peter Biesenbach (CDU):** Herr Minister, wir haben Ihre Ausführungen alle gerade gehört. Ich würde von Ihnen gerne wissen: Wie lange werden Sie brauchen, um Ihren Sprachgebrauch dem eines Ministers anzupassen und den der Opposition aufzugeben?

(Beifall von CDU und FDP – Lebhaftes Zurufe von der SPD)

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Herr Biesenbach, dazu werde ich keine Zeit brauchen, weil ich ihn schon habe.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen von CDU und FDP)

Wenn Sie gestatten, liebe Kolleginnen und Kollegen, würde ich ganz gerne vier weitere Punkte, die diese Landesregierung sich vorgenommen hat, noch kurz erläutern, es sei denn, Sie haben weitere Zwischenfragen, die ich auch gerne zulasse.

Wir wollen die Schulen in unserem Land zu mehr Chancengerechtigkeit und mehr Durchlässigkeit weiterentwickeln. Wir werden dabei – da können Sie sicher sein – jeden mitnehmen. Und in den Kommunen, in denen jetzt die CDU-Bürgermeister darum bitten, dass wir gemeinsam mit ihnen vor Ort flexible Modelle entwickeln, werden wir das auch gemeinsam mit ihnen tun und ganz sicherlich zu Ergebnissen kommen, die alle miteinander tragen werden. Ich hoffe, auch Sie in Zukunft.

(Beifall von der SPD)

Wir werden, meine Damen und Herren, den Kommunen beim Abbau des Schuldendienstes helfen.

(Zurufe von CDU und FDP: Mit Schulden!)

Wir lösen die Fesseln des Gemeindefinanzrechts. Und wir ermöglichen mehr ökologische, ökonomische und rentierliche Investitionen vor Ort.

Die Liste, meine Damen und Herren, ließe sich weiter fortsetzen. Ich will die Redezeit aber nicht zu sehr überziehen, Ihnen nur noch aus meiner eigenen Erfahrung mitteilen, worüber Sie, glaube ich, nachdenken sollten. Ich verstehe das, was Sie gerade durchmachen müssen, weil wir dies auch durchgemacht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU. Bittere Niederlagen zu verarbeiten, ist gelegentlich schwierig, vor allem dann, wenn man nach nur einer Legislaturperiode abgewählt worden ist, was nach meinem Kenntnisstand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gerade zweimal vorgekommen ist. Es ist schwierig, eine

solche Niederlage zu verarbeiten, aber es ist notwendig. Sie sollten den Weg gehen, den wir auch gegangen sind; denn in dem jetzigen Zustand, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sind Sie für das Land nicht zu gebrauchen.

(Beifall von der SPD)

Das Land braucht Sie aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil die Wählerinnen und Wähler uns eine schwierige parlamentarische Situation nach dem 9. Mai beschert haben, mit der wir als Volksvertreter insgesamt umzugehen haben.

Deshalb meine herzliche Einladung:

(Lachen von CDU und FDP)

Wenn Sie – ich weiß ja, wie Sie darauf reagieren – ein Coaching brauchen, wie man mit solchen Niederlagen umgeht, helfen wir Ihnen gerne. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen diesen Weg gehen. Er ist unausweichlich, damit Sie sich beteiligen und mitgestalten können zusammen mit dieser Landesregierung für eine gute Politik für Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Minister, Herr Professor Dr. Pinkwart hat eine weitere Zwischenfrage.

(Minister Ralf Jäger winkt sich auf seinen Platz begebend ab.)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Damit kommen wir zur direkten Abstimmung über den **Eilantrag Drucksache 15/39**. Wer möchte der Drucksache zustimmen? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit haben CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und Linken nicht die erforderliche Mehrheit erreicht. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag Drucksache 15/53**. Wer möchte dem Entschließungsantrag zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag bei Ja-Stimmen der Linken mit den Stimmen aller anderen Fraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

#### **4 Steuerflucht bekämpfen, Steuerprüfungen intensivieren, Mehreinnahmen generieren**

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/33 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung. – Als Erstes spricht für die Fraktion Die Linke Herr Sagel.